

Nein zum Plan Hollenstein !

Der Zürcher Regierungsrat hat einen neuen, massiven Abbau des Service public beschlossen. Der am 22. August veröffentlichte Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 2006 (MH 06) sieht Einsparungen in der Höhe von **1 Milliarde Franken** zwischen 2006 und 2009 vor – davon 621 Millionen dank Leistungsabbau und 382 Millionen durch „Massnahmen im Personalbereich“.

Einige der grössten Grausamkeiten, die dieser Plan vorsieht:

➔ **Reduktion des Teuerungsausgleichs und des Lohnstufenanstiegs beim Personal der öffentlichen Dienste (382 Millionen Franken sollen abgebaut werden)**

➔ **Stellenabbau, der gegen 600 Personen den Arbeitsplatz kosten wird!**

➔ **Kahlschlag beim öffentlichen Verkehr (ZVV): Stilllegung von Verkehrsangeboten, Tarifierhöhungen (Abbau 38 Millionen Franken)**

➔ **Kahlschlag bei der somatischen Akutversorgung – bsp. weniger Pflege von bettlägerigen Menschen in den Spitälern, Angebotsreduktion bei den Allgemeinversicherten (Abbau: 92 Millionen Franken)**

Diese Massnahmen nennt die ökoliberale Gesundheitsdirektorin Verena Diener zynischerweise eine „Effizienzsteigerung“ – dabei stösst das Gesundheitspersonal längst an die Grenzen seiner Belastbarkeit.

➔ **Kahlschlag bei der psychiatrischen Versorgung (Abbau: 25 Millionen Franken)**

➔ **Kahlschlag bei den Berufsschulen: 50 Klassen sollen gestrichen - die Klassengrössen erhöht werden (Abbau: 9 Millionen Franken)**

Dabei hatten 1/3 der diesjährigen Schulabgänger im Kanton Zürich (rund 4500 Jugendliche) vor den Sommerferien keine Lehrstelle oder einen Platz in einer Mittelschule: Angesichts dieser Tatsache wäre ein massiver Ausbau entsprechender Angebote angebracht!

➔ **Das Fremdsprachenangebot soll restlos aus dem kantonalen Weiterbildungsangebot gekippt werden: 42 Vollzeitstellen respektive 160 Teilzeitstellen werden dadurch abgebaut (Abbau: 11,3 Millionen Franken)**

„Das entsprechende Angebot wird aus dem Service public-Bereich entlassen. Es gibt genügend private Anbieter“, lautet der regierungsrätliche Kommentar zu dieser Massnahme, die von der sozialdemokratischen Erzie-



hungsdirektorin Regine Aepli beschlossen wurde. Betroffen werden die „eingesparten“ Lehrer und Lehrerinnen sein. Sie werden entlassen und müssen unter Umständen eine massive Lohnsenkung hinnehmen müssen, wenn sie in Privatschulen eine Stelle finden. Ebenfalls davon betroffen sind die BenutzerInnen dieses Weiterbildungsangebots, sie werden für private Fremdsprachenkurse tiefer ins Portemonnaie greifen müssen.

➔ **Kahlschlag bei der Uni und der Zürcher Fachhochschule: Die geplanten Staatsbeiträge an diese beiden Hochschulen sollen um satte 142,8 Millionen gekürzt werden**

Diese Massnahme wird das Angebot und die Betreuungsverhältnisse verschlechtern und den Druck zur Gebührenerhöhung (O-Ton Regine Aepli an einer Podiumsdiskussion an der Uni am 29. April: „Gebührenerhöhungen müssen in Betracht gezogen werden“) steigern!

➔ **Die Reinigung in der kantonalen Verwaltung soll privatisiert werden, den 160 Angestellten des kantonalen Reinigungsdienstes - mehrheitlich Frauen - wird gekündigt. (Abbau : 1.23 Millionen).**

Falls sie bei den privaten Reinigungsunternehmen überhaupt wieder eine Anstellung finden, werden sie dort massiv schlechtere Arbeitsbedingungen und Löhne unter 3'000 Franken monatlich vorfinden.

➔ **Kahlschlag selbst... in den Gefängnissen : Bei den InsassInnen soll an der Verpflegung, bei der Anzahl ärztlicher Konsultationen und beim Arbeitsentgelt gespart werden (Abbau : 14 Millionen).**

Das Massnahmenpaket wird in den Vorschlag 2006 und in den Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2006-2009 eingearbeitet. Zusammen mit dem derzeit in Umsetzung begriffenen „Sanierungsprogramm 04 (San 04)“ kumuliert sich der Abbau an Leistungen der öffentlichen Hand und der Lohnabbau beim kantonalen Personal in den Jahren 2004 bis 2009 mittlerweile auf rund **3 Milliarden Franken!**

Wohin geht dieses „eingesparte“ Geld? In die Taschen der Superreichen!

Seit Jahren wird über „leere Kassen“ gejammert. Kein „Licht am Ende des Tunnels“ ist in

Sicht. Die Leistungen des Service public an die Bevölkerung und die Löhne und Arbeitsplätze des öffentlichen Personals werden abgebaut. Gleichzeitig verschenkt der Kanton Zürich den hohen Einkommen im Durchschnitt über 800 Millionen Franken pro Jahr seit 1985, dank den Steuerfussenkungen und insbesondere den Steuergeschenken an die Reichen und Superreichen.

Die Ziele der Unternehmer und der Regierungen sind folgende:

➔ Die „Steuerbelastung“ der Kapitaleigentümer soll reduziert werden. Die Zeche dafür bezahlen die Lohnabhängigen.

➔ Neue Bereiche sollen für den Profit des privaten Kapitals erschlossen werden (bsp. im Bildungs- und Gesundheitswesen).

➔ Die Arbeitsbedingungen und die noch vorhandenen Rechte der Angestellten des öffentlichen Sektors sollen angegriffen werden, um die Arbeitsbedingungen aller Lohnabhängigen leichter nach unten ziehen zu können (bsp. Lohnabbau).

Diese „neoliberale“ Zweiklassen-Politik hat der Mehrheit der Bevölkerung in 20 Jahren keine Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen gebracht, ganz im Gegenteil: Sie erweist sich als erfolgreicher „Klassenkampf von oben“. Allein zwischen 2002 und 2005 sind die Profite der börsenkotierten Unternehmen in der Schweiz um satte 328% gestiegen, die durchschnittlichen Real-löhne hingegen praktisch überhaupt nicht (+0,9%; Quelle: Bank Vontobel, Bundesamt für Statistik).

Die Politik der „runden Tische“ zeigt ihre katastrophalen Folgen

Was tun die Verantwortlichen der „Linken“ Parteien (SP und Satelliten) in dieser Situation? Sie beteiligen sich aktiv an der Erarbeitung und Umsetzung dieser Politik. Die neue Mitte-Links-Regierung des Kantons Zürich (2 SP, 1 CVP, 1 Ökoliberale, 2 FDP, 1 SVP) erweist sich als Musterschülerin des Sozialkahlschlags. Der Finanzminister Hans Hollenstein (CVP), der dank der Unterstützung der SP und der Grünen gewählt wurde, geht bei seinem Abbauplan noch weiter als sein Vorgänger Christoph Huber (SVP). Die 119 „Entlastungsmassnahmen“ sind ein Ergebnis des Runden Tisches „Finanzpolitik“, an dem alle Fraktionen zusammengesessen sind: Dabei herausgekommen ist was die Höhe der

Entlastungsmassnahmen betrifft, knapp 50 % (201 Millionen Franken) mehr als der Regierungsrat ursprünglich (November 2004) an Abbau vorgesehen hatte! **Die SP betrachtet den Lohnabbau „zur Sanierung der Kantonsfinanzen“ als „unumgänglich“** (SP-Medienmitteilung vom 13.7.05).

Die **Gewerkschaften und Personalverbände** haben zu keiner breiten Mobilisierung gegen den Plan Hollenstein aufgerufen. Diese Organisationen stellen die „Sparmassnahmen“ und den Angriff auf das Service public auch nicht grundsätzlich in Frage, sondern betreiben inzwischen eine Politik der extremen Sozialpartnerschaft (wie die disziplinierte Achtungstellung vor den Arbeitgebern bei der Frage der „Personenfreizügigkeit“ zeigt), die sie „vor den Karren“ der Regierung spannt und daher wenig geeignet ist, um eine Mobilisierung gegen Lohnabbau und Kahlschlag aufzubauen.

Die Vereinigten Personalverbände (VPV) unterstützen die „Sanierung des Staatshaushaltes“! Sie fordern daher, dass die Steuerfussenkungen der letzten Jahre rückgängig gemacht werden. Diese angebliche „Opfersymmetrie“ ist ein Hohn! Selbst wenn das (mehrheitlich bürgerliche) Kantonsparlament einer zeitweiligen Erhöhung des Steuerfusses um 5% zustimmen würde, würde dies weder die Steuergeschenke an die Superreichen noch den Kahlschlag im Service public ungeschehen machen. Im Gegenteil: San 04 und MH 06 wären dann zementiert und könnten politisch noch weniger in Frage gestellt werden.

Die VPV beschränken sich in einem dürftigen Pressecommuniqué vom 23. August im wesentlichen darauf, den Regierungsrat zu bitten, sein „Versprechen“, „den vorgesehenen Stellenabbau (...) grösstmöglich ohne Entlassungen zu vollziehen“. Kein Wort zur Reduktion des Teuerungsausgleichs, kein Wort zur Reduktion des Lohnstufenanstiegs, kein Wort zum massiven Abbau der Leistungen in allen Bereichen des Service public!

Die Leitung des Verbandes des Personals öffentlicher Dienste (vpod) freut sich über den Rückzug der linearen Lohnkürzung von 3%, die der Regierungsrat zuerst vorgeschlagen hatte. Wie schon erwähnt stellen jedoch die Abbaumassnahmen, die am Runden Tisch mit Hans Hollenstein ausgehandelt wurden, insgesamt einen noch höherer Betrag als ursprünglich vorgesehen. Indem der vpod das sogenannte SBB-Modell fordert („Personalabbau ohne Entlassungen“), legitimiert und unterstützt er die Kahlschlagspolitik.

Kämpfen wir gemeinsam gegen den Plan Hollenstein!

Es ist nötig, das Service public zu verteidigen, auszuweiten und zu verändern, wobei die demokratische Beteiligung der Beschäftigten und der BenutzerInnen bei der Definition der Ziele von entscheidender Bedeutung ist. Dazu ist es notwendig, für öffentliche Eingriffe in die heilige Sphäre des Privateigentums, die uns immer mehr erdrückt, zu kämpfen. Es darf zudem kein Ausverkauf der rentablen Teile des Service public geben (bsp. die Fremdsprachenkurse) – wie ihn die Regierung durch Gebührenerhöhungen und dann durch „Outsourcing“ der Dienstleitungen hinterhältig betreibt.

Eine neue Privatisierungsrunde im öffentlichen Dienst, wie sie zusätzlich mit dem General Agreement on Trade in Services (GATS) droht, muss verhindert werden.

Es braucht eine **Mobilisierung** – nicht nur in den Bereichen des öffentlichen Dienstes, die gerade besonders hart getroffen sind, sondern in allen Bereichen. Es braucht Protestpausen, Streiks. Das ist die einzige Sprache, die die Regierenden verstehen. Die BenutzerInnen des Service public, die lohnabhängige Bevölkerung und die Lehrlinge, die SchülerInnen, die StudentInnen müssen in einer Mobilisierung einbezogen werden: Auch sie sind betroffen.

Zürich, Dezember 2005

Der Plan Hollenstein und weitere, künftige Kahlschlagspläne müssen verhindert werden! Wir rufen alle Einzelpersonen und Organisationen dazu auf, ein demokratisches Aktionskomitee zu bilden, um für dieses Ziel zu kämpfen: Kontaktiert uns!

Unsere Forderungen:

- Keine Reduktion des Teuerungsausgleichs und des Lohnstufenanstiegs;
- Kein Stellenabbau;
- Kein Leistungsabbau;
- Die Rotationsgewinne (80 Millionen Franken zwischen 2006 und 2009) müssen ausschliesslich für Lohnerhöhungen verwendet werden; Sie sind Teil der Lohnmasse: Sie gehören dem Personal und dürfen auf keinen Fall in die Staatskasse fliessen.

Wir fordern somit den bedingungslosen Rückzug des Plan Hollenstein. Darüber hinaus ist eine andere Politik des Service public nötig:

- Mehr Lohn, um die Verluste der letzten Jahre wettzumachen, statt weiteren Lohnabbau; Mehr Stellen im öffentlichen Dienst statt Stellenabbau;
- Ausbau und Verbesserung des Service public an die Bevölkerung (bei der Bildung, im Gesundheitswesen, bei den Kindertagesstätten, im öffentlichen Verkehr, usw.) statt Kahlschlag; Senkung statt Erhöhung der Gebühren der öffentlichen Dienste (bsp. öffentlicher Verkehr, Fremdsprachenkurse, Studiengebühren, usw.); Bessere Betreuungsverhältnisse in den Schulen statt Erhöhung der Klassengrössen; Keine Privatisierung der rentablen Teile des Service public (bsp. Fremdsprachenunterricht).

**Schluss mit dem Kürzen:
Das Geld dort holen, wo es ist!**

KONTAKT:

- Ich möchte bei den Aktivitäten gegen Kahlschlag und Lohnabbau mitmachen.
- Ich möchte mehr Informationen über die Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS)
- Schickt mir die Einladungen mit Unterlagen zum Bildungszyklus „Was ist Marxismus?“
- Schickt mir die Einladungen zur politischen Lesegruppe

Name und Vorname :

Strasse:

PLZ, Ort :

E-mail :

Tel:

Kontakt::

BFS/Debatte, Postfach 8707, 8036 Zürich

info@bfs-zh.ch www.bfs-zh.ch

Nein zum Lohnabbau und zur Demontage des Service public!

**Demonstration
gegen Kahlschlag
und Bildungsabbau**

**Donnerstag 15. Dez. 2005
Besammlung: 17.30 Uhr
Walcheter Zürich
(Demo bewilligt)**

Wir sagen: Genug ist genug! Verteidigen wir die Löhne und verteidigen wir den Service public, solange es ihn (teilweise) noch gibt! Mobilisieren wir uns! Benutzen wir die Budget- und Steuerdebatte im Kantonsparlament als Anlass, um gegen den Kahlschlag zu mobilisieren und um uns an die Öffentlichkeit zu wenden.

Wir rufen alle Kräfte, die sich gegen Lohnsenkungen und gegen den Abbau bei der Bildung, der Gesundheit, usw. wehren (Lohnabhängige, SchülerInnen, StudentInnen, BenutzerInnen der öffentlichen Dienste) dazu auf, an der Demo teilzunehmen.